

prägnant 23

DEZEMBER 2023

EIN BRÜCKENSTROMPREIS SICHERT ARBEITSPLÄTZE IN DER ENERGIEINTENSIVEN INDUSTRIE UND HILFT IN DER TRANSFORMATION

Als IG Metall bundesweit und in Berlin-Brandenburg-Sachsen wollen wir die Transformation unserer Industrie zum Erfolg führen. Dabei beschreibt folgendes Ziel plakativ unsere Vorstellung von einem erfolgreichen Umbau der Industrie: mit erneuerbarer Energie kann zukünftig in der Raffinerie Schwedt und an anderen Orten in Ostdeutschland grüner Wasserstoff hergestellt werden, der zur Herstellung grünen Stahls bspw. in Eisenhüttenstadt genutzt wird und grüne Bleche für die Autoindustrie liefert. So kann eine regionale Kreislaufwirtschaft mit kurzen Wegen auf der Höhe der Zeit mit modernster Technologie entstehen.

Bis wir allerdings so weit sind braucht die Industrie eine tragfähige Brücke, die Arbeitsplätze und Standorte mittelfristig sichert. Die hohen Energiekosten, ausgelöst durch die zahlreichen Krisen der letzten Jahre sind Gift für die Grundstoffindustrie. Abwanderung und Verlust der Wettbewerbsfähigkeit drohen.

Deshalb fordert die IG Metall einen Brückenstrompreis. Am 24. November haben bundesweit tausende Beschäftigte für die Einführung eines Brückenstrompreises demonstriert. Brückenstrompreis jetzt! In Duisburg, Kehl, Gröditz und an anderen Orten bundesweit und auch in Berlin vor dem Bundesfinanzministerium forderten



Kundgebung vor dem Bundesfinanzministerium am 24. November 2023 © IG Metall BBS



Metallerinnen und Metallern und Kolleginnen und Kollegen der IG BCE am 24. November 2023 einen Brückenstrompreis für die deutsche Grundstoffindustrie (Stahl, Chemie u.a.) und weitere energieintensive Branchen.



Jürgen Kerner auf der Kundgebung vor dem Bundesfinanzministerium am 24. November 2023 © © Christian von Polentz / Transitfoto

Jürgen Kerner, 2. Vorsitzender der IG Metall beschrieb in Berlin die brisante Lage, in der sich die energieintensive Industrie befindet: „Wir befinden uns an einem historischen Wendepunkt. Jetzt entscheidet sich, ob Deutschland ein starkes Industrieland bleibt oder im internationalen Wettbewerb zurückfällt.“

Nur mit einem Brückenstrompreis kann die Grundstoffindustrie weiter in Deutschland produzieren und gleichzeitig in ihren Umbau hin zur Klimaneutralität investieren. Der Erhalt geschlossener Wertschöpfungsketten in Deutschland hat für die IG Metall oberste Priorität.

Auch in greifbarer Nähe des Bundestags machten Metallerinnen und Metallern auf ihre Forderung nach einem Brückenstrompreis aufmerksam.

Die klimagerechte Transformation wird ohne massive staatliche Förderung und die Schaffung von Investitionsanreizen kaum umsetzbar sein. Marktwirtschaftliche Mechanismen reichen nicht aus um die politischen Ziele (Klimaneutralität Deutschlands bis 2045) zu erreichen. Zahlreiche Länder bringen gegenwärtig gewaltige Förderprogramme auf den Weg. Deutschland sollte sich hier ein Beispiel nehmen: es muss in Wertschöpfung investiert und nicht die Abwanderung zahlreicher Betriebe riskiert werden. Ein handlungsfähiger und aktiver Staat wird in der größten Transformation der Industriegeschichte Deutschlands dringender gebraucht denn je. Die Transformation ist vergleichbar mit einem Marathonlauf. Ausdauer und Konstanz sind gefordert. Die Unternehmen müssen kontinuierlich in die Ertüchtigung ihrer Anlagen und in neue Produkte und Produktionsweisen investieren. Auf der Kostenseite kann ein Brückenstrompreis entlastend wirken.



Aktion vor dem Bundestag am 24. November 2023 © IG Metall BBS

Der Brückenstrompreis muss an folgende Kriterien gebunden werden:

Kriterien für den Brückenstrompreis prägnant 23

Die wichtigsten Punkte für einen Brückstrompreis

- ▶ Zeitlich befristet bei 5 Cent gedeckelt
- ▶ Für die energieintensive Industrie
- ▶ Einführung zum 1. Januar 2024
- ▶ Zur Arbeitsplatzsicherung
- ▶ Um grüne Transformation zu ermöglichen



Quelle: IG Metall Vorstand; Oktober 2023

Bundeskanzler Olaf Scholz warb im Bundestagswahlkampf 2021 für die Einführung eines Brückenstrom- bzw. Industriestrompreises von 4 Cent pro Kilowattstunde. An diese Forderung erinnerten Metallrinnen und Metaller ebenfalls am 24. November 2023.



Kundgebung vor dem Bundesfinanzministerium am 24. November 2023
© Christian von Polentz / Transifoto

Wir brauchen einen handlungsfähigen, aktiven Staat

Antriebswende. Energiewende. Klimawende. All das sind große Aufgaben. Die größte Aufgabe wird dabei die CO₂-neutrale Industrieproduktion sein. Denn nur so kann Deutschland wie beschlossen 2045 CO₂-neutral werden. Hinzu kommen ein geringerer Ressourceneinsatz und der Aufbau einer wirklichen Kreislaufwirtschaft. Das ist nicht nur umweltpolitisch geboten, sondern zunehmend gesetzlich vorgegeben.

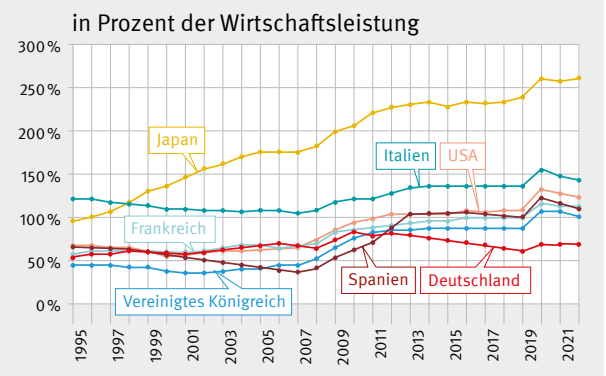
Die Frage der Finanzierung dieser Jahrhundertaufgaben stellt sich seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 mit aller Härte. Die IG Metall ist seit langem sicher: Die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse.

Die IG Metall fordert von der Bundespolitik die Zusage für die Fördergelder zum notwendigen Umbau der Industrie. Bereits ausgereichte Förderbescheide und sonstige politischen Zusagen müssen auch materiell abgesichert werden, sonst sind die Förderbescheide das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind. Ohne diese finanzielle Förderung wird es bspw. für etliche Stahlwerke keine grüne Zukunft geben. Der grüne Umbau unserer Industrie ist ein Jahrhundertprojekt, von dem nicht weniger als der Wohlstand in Deutschland abhängt. Alle politischen Kräfte müssen jetzt Verantwortung übernehmen und die Finanzierung der Transformation sicherstellen.

Die Schuldenbremse, wie wir sie heute kennen, hat keine Zukunft. Investitionsvorhaben des Staates müssen ausgenommen werden. Sie sind schließlich kein verbranntes Geld, sondern werden sich langfristig auszahlen.

Mangelnde Zukunftsinvestitionen sind ein Problem, eine etwas höhere Verschuldung kaum – Deutschlands Schulden sind ohnehin vergleichsweise niedrig (s. Grafik).

Höhe der Staatsschulden prägnant 23



Quelle: AMECO + DGB, November 2023

Mit einer Schuldenquote von unter 65 Prozent des BIP steht Deutschland international sehr gut da. Die größte Transformation der deutschen Industriegeschichte ist eine gute Begründung warum massive Investitionen notwendig sind. Wenn dann die Schuldenquote bspw. bei 75 Prozent des BIP läge, wäre es kein Beinbruch, sondern gut angelegtes Geld.

Die Schuldenbremse legt dem Bund und den Bundesländern unnötige Fesseln an. Seit 2016 ist für den Bund maximal eine Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des BIP erlaubt. Seit dem Jahr 2020 gilt auch für die Bundesländer eine Schuldenbremse, die je nach Bundesland unterschiedlich ausgestaltet ist. Allen gleich ist, dass eine Kreditaufnahme den Bundesländern komplett untersagt ist. Finanzielle Spielräume ergeben sich nur noch über Umwege, z.B. in Form von sogenannten Sondervermögen.

Da die Schuldenbremse Teil der Verfassung ist, darf sie nur in absoluten Notlagen gelockert werden, etwa bei wirtschaftlichen Schieflagen oder Naturkatastrophen. So betrug die Neuverschuldung (Nettokreditaufnahme) in den Corona- und Energiekrise Krisen Jahren 130,5 Milliarden Euro (2020), 215,4 Milliarden Euro (2021) und 138,9 Milliarden Euro (2022).

Die DGB Gewerkschaften in Berlin und Brandenburg haben Anfang Dezember 2023 die Ministerpräsidenten der Länder angeschrieben um für eine reformierte Schuldenbremse zu werben. So heißt es im gemeinsam Appell an die Länderchefs:

„Es ist elementar, dass der Sozialstaat und wichtige Zukunftsinvestitionen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Menschen brauchen Sicherheit bei Veränderungsprozessen. Sie müssen wissen, dass es solidarische Lösungen gibt, wenn sie in Not geraten. Die aktuellen Debatten um Kürzungen bei den Sozialleistungen sind aus unserer Sicht brandgefährlich. In der jetzigen Situation Sparmaßnahmen bei den Ärmsten ins Spiel zu bringen, treibt die Spaltung der Gesellschaft voran.“

Eben noch haben die Länder Berlin-Brandenburg auf industrielle Ansiedlung gesetzt und damit die Wirtschaftsleistung enorm gesteigert. Der Umbau der Wirtschaft hin zur klimaneutralen Produktion nahm an Fahrt auf – jetzt droht all das dramatisch ausgebremst zu werden. Unternehmen haben sich auf Förderzusagen verlassen und sind teilweise in Vorleistung gegangen. Die Wasserstoffstrategie sollte der energieintensiven Industrie in unserer Region Perspektiven eröffnen und mit einer Strompreislösung oder einem Brückenstrompreis ist nicht mehr zu rechnen.

Aber nicht nur in der Industrie, auch im öffentlichen Dienst, im Baugewerbe, im Handwerk, im Verkehrswesen, der Gesundheitswirtschaft, im Einzelhandel und in vielen anderen Branchen und Betrieben sind die Menschen beunruhigt. Der notwendige Weg zur Klimaneutralität wird nur gelingen, wenn deutlich mehr Geld in die Infrastruktur investiert wird und der öffentliche Dienst funktioniert. Es braucht einen handlungsfähigen Staat.

Wenn die politisch Handelnden wollen, dass wir bis 2045 klimaneutral werden, müssen jetzt die Weichen gestellt und die Finanzierung gesichert werden. Die wirtschaftliche Zukunft Berlins und Brandenburgs steht auf dem Spiel.

Deshalb ist eine Reform der Schuldenbremse notwendig und wir begrüßen nachdrücklich, dass sowohl in Berlin als auch in Brandenburg die Notwendigkeit dafür gesehen wird. Setzen Sie sich bitte weiterhin dafür ein. Im ersten Schritt muss jetzt die Haushaltsnotlage für 2024 erklärt werden. Weiterhin wird ein Sondervermögen für Transformation, Investition und Infrastruktur notwendig sein, dessen Finanzierung im Grundgesetz gesichert werden kann.

Den Menschen muss die Sicherheit zurückgegeben werden, dass wir die Zukunft gemeinsam und solidarisch gestalten. Eine Region Berlin-Brandenburg ohne Infrastruktur des 21. Jahrhunderts bedroht Beschäftigung und politische wie finanzielle Handlungsspielräume der Zukunft.“

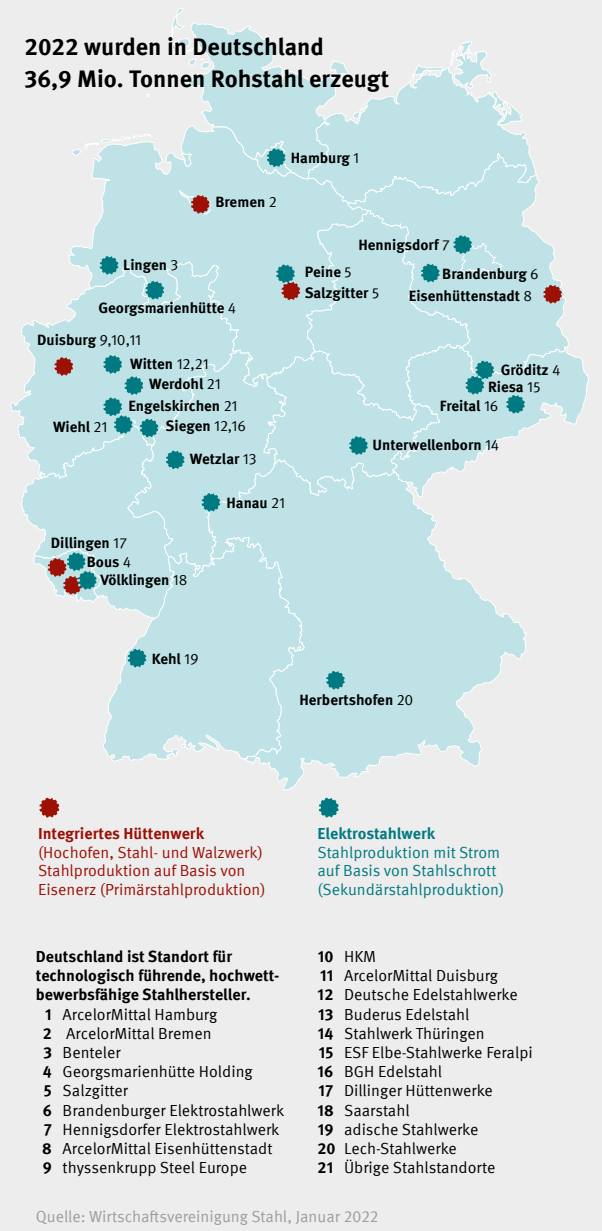
Auszug aus dem Brief des DGB und den Vorsitzenden der Gewerkschaften in Berlin/Brandenburg an Ministerpräsident Dietmar Woidke und den Regieren Bürgermeister Kai Wegner; Dezember 2023.

Ein inhaltlich ähnlich lautender Brief wurde auch von den DGB Gewerkschaften an den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer auf den Weg gebracht.

Standorte der Stahlerzeugung



2022 wurden in Deutschland 36,9 Mio. Tonnen Rohstahl erzeugt



Die IG Metall hat einen klaren Fahrplan um die Transformation der energieintensiven Industrie zum Erfolg zu führen. Folgende Forderungen müssen von der Politik gehört und rasch umgesetzt werden. Die Zeit drängt!

- ▶ Zukunfts-Finanzierung darf nicht an Schuldenbremse scheitern
- ▶ Haushaltssperre stellt Industriestandort Deutschland in Frage
- ▶ Investitionen und Entlastungen müssen JETZT kommen
- ▶ Wir fordern: Schuldenbremse aussetzen und für Investitionen umbauen
- ▶ Ohne Förderung keine grüne Transformation der Industrie
- ▶ Brückenstrompreis JETZT! für die energieintensive Industrie
- ▶ 2,4 Mio. Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie sichern
- ▶ Grüne Transformation ermöglichen

Die Stahlindustrie ist ein Herzstück der deutschen Industrie. Damit auch in Zukunft die Standorte gesichert und weiterentwickelt werden können, bedarf es raschen politischen Handelns durch umsetzen der oben benannten Punkte.

Beim Einsatz von erneuerbaren Energien könnten die ostdeutschen Stahlwerke, die fast alle Elektrostahlwerke sind, schon heute fast klimaneutral produzieren. Elektrostahlwerke, Schmieden und Gießereien prägen in zahlreichen ostdeutschen Regionen das Bild der Grundstoffindustrie. Deutschland braucht starke Grundstoffindustrien, um souverän zu bleiben und die Abhängigkeit von autoritär regierten Ländern weiter zu reduzieren. Die Stahlindustrie als Grundstoff- und Recyclingindustrie steht am Beginn zahlreicher Wertschöpfungsketten. Eine erfolgreiche Dekarbonisierung der Stahlindustrie bildet daher die Grundlage für eine Transformation aller nachgelagerten Wertschöpfungen.